Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 250. Freitag den 26. October. 1849.

Berlin, den 24. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Regierungsrath Gründler zu Königsberg zum Ober-Regierungsrath und Dirigenten der Abtheilung für direkte Steuern, Domainen und Forsten bei der Regierung daselbst zu ernennen.

Se. Excellenz der General-Lieutenant und Commandeur der ersten Division, von Below, ist von Königsberg in Pr. hier angekommen.

Berichtigung. In dem amtlichen Theil der gestrigen Zeitung Z. 11 von oben muß es heißen: 7. Landwehr-Brigade, statt 7. Infanterie-Brigade.

Deutschland.

Berlin, den 23. Oktober. (Berl. N.) „Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushaltungs Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen." Das ist der Wortlaut des § 6 der Verordnung vom 6. April 1848 über einige Grundlagen der künftigen Verfassung. Im Anfang der vorjährigen Bewegung hat man über die Nothwendigkeiten der constitutionellen Staatsform einen kräftigeren und ungetrübteren Gedanken gehabt, als heute, wo ein wahres Chaos politischer Meinungen und Besorgnisse den reinen Strom verdunkelt, ja verschüttet hat. Die Beschlüsse der ersten Kammer in der Steuerbewilligungsfrage haben der Krone und dem Lande zugleich einen schlechten Dienst erwiesen. Die zweite Kammer war schon bis an die äußerste Grenze gegangen, sie hatte aber wenigstens das Prinzip gerettet, daß das Volk zu keiner Steuerzahlung verbunden wäre, als zu der, welche von seinen Vertretern bewilligt sei; sie hatte die Bewilligung und die Verweigerung an die Uebereinstimmung beider Kammern gebunden, und dies Opfer wollte auch die constitutionelle Partei der ersten Kammer bringen. Aber die Beschlüsse der ersten Kammer gehen über diese äußerste Grenze hinaus. Sie verpflichteten das Volk zu Steuerzahlung, sie geben der Regierung das Recht der Forterhebung, auch ohne daß Steuern bewilligt sind. Und noch mehr, während die zweite Kammer auf den Fall, daß die Regierung mit den Kammern sich über den Etat nicht verständigt, den Etat noch 4 Monate fortbestehen läßt, räumt die erste Kammer der Regierung ein volles Jahr ein, wo sie nach dem zuletzt festgestellten Etat ungehindert verausgaben kann. Also im Falle eines Conflicts erhebt die Regierung, ohne daß die Kammern zu bewilligen brauchten, fort und fort die bestehenden Steuern, und ein ganzes Jahr hindurch kann sie in der gewohnten Weise verausgaben. Es begreift wohl der einfachste Verstand, daß eine Vertretung mit solchen Befugnissen, entblößt von allen Mitteln, den Willen des Volks zur Geltung zu bringen, bei der Nation kein Vertrauen gewinnen kann, daß sie keine Gewalt im Staate ist. Gesetze treten auch ohne die Kammern an's Licht, und sie werden meist nicht besser durch den Beirath der Vertretung; aber was ein Volk doch vor Allem und wesentlich durch seine Repräsentation erstrebt, die Sicherung seines Rechts, die Darstellung seiner Theilnahme an der Staatsgewalt, den geachteten Ausdruck seines Willens, das gesetzliche Mittel seiner Zustimmung und seines Widerstandes, das ist ihm durch jene Bestimmungen geradezu entrissen. Wir streiten uns auch nicht um das Wort, um den Namen, aber wir halten fest an der Sache, und wer will uns bestreiten, daß nun schon seit Jahrzehnden das Preußische Volk nach dem Mitbesitz der Staatsgewalt, nach einer realen Theilnahme an der Regierung gerungen hat, und daß es sich nicht mit einem Phantom begnügen kann? Wo ist denn auch nur ein Schimmer von dem Antheil des Volks an der Souveränetät des Staats, wo ist eine Spur von geordneter Mitwirkung, von einem Gleichgewicht der Staatsgewalten, wenn die Regierung ungehindert über die Staatsmittel verfügen, sie ohne Einwilligung erheben kann? und wer sie erheben kann, der kann sie auch in das Unbegrenzte hin verausgaben.

Berlin, den 24. Oktober. (Berl. N.) Der Bevollmächtigte Hannovers bei dem Verwaltungsrath, Herr v. Wangenheim, ist vorgestern Abend von hier nach Hannover abgereist. Gestern Abend hielt der Verwaltungsrath wieder eine Sitzung. — Die Ankunft des Dänischen Geh. Raths Grafen v. Blome, bezieht sich auf die Dänisch-Schleswigschen Angelegenheiten, die immer verwickelter werden. Indeß hegt man noch immer die Hoffnung, daß der Friede noch vor dem Ablauf des Waffenstillstandes zu Stande gekommen sein werde. — Am 21. d. reiste ein hoher Türkischer Staatsbeamter, mit einem auf die Auslieferung der Ungarischen Flüchtlinge sich beziehenden Auftrage, hier durch nach Paris. — Die Auszahlung der Steuerquote, welche Baiern aus der Zollvereinskasse verlangt, ist, wie wir hören, noch nicht einmal fällig, und nur, wie bisher, von der Baierischen Regierung als Vorschuß begehrt worden. — Man glaubt allgemein, daß die definitive Constituirung der neuen provisorischen Centralgewalt eine Verminderung der jetzt in Baden und Frankfurt stationirten Preußischen Truppen zur nächsten Folge haben werde. Bis jetzt besteht das unter dem Commando des Gen.-Lieut. Roth v. Schreckenstein befindliche Armee-Corps, zu welchem auch die in Hohenzollern stehenden Truppen gehören, im Ganzen aus 25,000 Mann. — Eine Zusammenstellung der im Laufe dieses Jahres in unserer Armee vorgekommenen Personal-Veränderungen ergiebt, daß 31 Offiziere entlassen und 8 aus dem Offizierstande entfernt worden sind. Unter den letzteren werden auch die Kölner Lieutenants Niethack, Faltin und Adamski aufgeführt. Ein Offizier wurde aus der Liste gestrichen und einer in contumaciam als Deserteur verurtheilt. — Die neueste Nummer (51) des Postamtsblatts enthält folgende Verfügung: „In der Beförderung der Zeitungen herrscht noch nicht diejenige Pünktlichkeit und Sicherheit, welche mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Dienstzweiges und bei den den Post-Anstalten gegebenen Hülfsmitteln, mit Recht verlangt werden kann. Um einen Ueberblick zu gewinnen, auf welchen Kursen und bei welchen Zeitungen diese Unordnungen hauptsächlich vorkommen, und um demnächst die erforderlichen Maßregeln zur Abhülfe ergreifen zu können, weise ich die sämmtlichen Postanstalten an, über jeden einzelnen Fall, in welchem Zeitungs-Packete ausbleiben oder einzelne Exemplare der Zeitungen fehlen, sogleich Bericht zu erstatten und in dem Berichte jedesmal anzugeben: 1) wie die betreffenden Zeitungen genannt sind, 2) auf welchem Wege dieselben hätten eintreffen müssen, und ob solche bis zum Abgange des Berichts nachgekommen sind, so wie 3) ob und welche Vermuthungen darüber vorhanden sind, bei welcher Postanstalt das Versehen vorgekommen sein könne. Zur Vermeidung von Zeitverlust haben die Post-Expeditionen und Briefsammlungen die in Rede stehenden Anzeigen bis zur Einrichtung der Ober-Post-Directionen unmittelbar an das General-Postamt zu richten und nicht erst an die vorgesetzten Postämter abzugeben. Jede Post-Anstalt, welche die hier vorgeschriebene Anzeige unterläßt, wird eben so straffällig, wie diejenige, welche die Unregelmäßigkeit begangen hat, angesehen. Berlin, den 9 Oktober 1849. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. v. d. Heydt." — Als Termin für den Eintritt der Besteuerung derjenigen Klassen, die bis jetzt von der Klassensteuer befreit sind, und welchen dies Privilegium in Folge des jetzt von den Kammern zu berathenden Gesetzes entzogen werden soll, wird der 1. Januar k. J. genannt. Die ministerielle Vorlage wird binnen Kurzem in beiden Kammern genehmigt sein, und wird der Beginn des nächsten Jahres in den Finanz-Ausschüssen von dem Regierungs-Commissarius selbst als der geeignete Zeitpunkt für die Aufhebung der gedachten Steuer-Exemtion bezeichnet.

— (B. N.) Ein patriotisches Comité hat der Stadtverordneten Versammlung eine Subscriptionsliste zu einer festlichen Feier des 9. November, als des Tages, an welchem vor einem Jahre das Ministerium Brandenburg die Leitung des Staats übernahm, übersendet. Die Versammlung beschloß, sich nicht durch eine Deputation bei dem Fest repräsentiren zu lassen, sondern die Betheiligung daran den einzelnen Mitgliedern anheimzugeben. — Seit dem 13. d. M. hat die katholische Gemeinde zu Brandenburg aufgehört, ein Filial der hiesigen katholischen St. Hedwigskirche zu sein und eigene Corporationsrechte mit einer selbständigen Verwaltung erhalten, demzufolge der bisherige Kaplan Tieffe, aus Glatz, nun auch zum Pfarrer der Brandenburger katholischen Gemeinde, welche ebenfalls unter der Obhut des Fürstbischofs von Breslau steht, befördert worden ist. Wie wir bereits gemeldet, findet in Brandenburg am nächsten Sonntag die feierliche Grundsteinlegung zu einer katholischen Kirche, welche später den Namen: „Dreifaltigkeitskirche" führen soll, bestimmt statt. Der Bau der Kirche hat schon vor einiger Zeit begonnen, und erhebt sich bereits über der Erde. Zur Vollendung desselben ist eine Haus- und Kirchenkollekte in der Monarchie gestattet worden. Die protestantische Kirche „St. Gotthardt" war der katholischen Gemeinde zu Brandenburg schon seit längerer Zeit zu ihrem Gottesdienst mit eingeräumt. — Am Sonntag Mittag sollte in der Schadowstraße (zu Berlin) eine, wie man vermuthete, nicht angemeldete, Versammlung obrigkeitlich aufgehoben werden. Die dazu beorderte Schutzmannschaft eilte, von einem großen Publikum gefolgt, hin, fand aber daselbst eine angemeldete Treubund-Versammlung, von der nur vergessen war anzuzeigen, daß sie zufällig genöthigt war, rasch ihr Versammlungs-Lokal zu wechseln. Die Versammlung bekam nachträglich Erlaubniß fortzutagen. — In Königsberg i. d. N.-M., Regierungsbezirk Frankfurt, einer Stadt von 5,500 Einwohnern, hat die Cholera im größten Umfange gewüthet. Im Monat September starben 225 Personen. Die Seuche hat daselbst aber jetzt fast aufgehört.

Stettin, den 19. Oktober. (Stet. Z.) Die kürzlich erfolgte Verleihung eines neuen Statuts an die hiesige Pommersche Privatbank ist bei dem großen Einfluß, welches dieses Geld-Institut auf den Handel und die Industrie unserer Provinz ausübt, ein für die Verkehrs-Verhältnisse der Provinz wichtiges Ereigniß. Durch dasselbe ist nämlich der Bank das Recht der Noten-Emission, bis zum Belauf von 1. Mill. Thaler gewährt worden. Die Emission der Noten, welche in Appoints von 10, 20, 50 und 100 Thlr. ausgegeben werden, wird mit dem 1. Januar d. J. beginnen. Bei dieser Gelegenheit bemerken wir noch, daß der Geschäftsumsatz der Privatbank seit 1833 jährlich circa 50 Millionen Thlr. betragen hat und in einigen Jahren sogar auf 66 Milionen Thlr. gestiegen ist. Es ist als ein erfreuliches Zeichen für die lebendigere Entwickelung der Gewerbsamkeit in unserer Provinz zu betrachten, daß jetzt auch bei uns die Gewerbe-Ausstellungen beginnen. So ist vor Kurzem eine solche in Stargardt eröffnet worden, eben so werden in Stralsund und Stettin im Dezember Gewerbe-Ausstellungen statt finden, die zugleich als Weihnachts-Ausstellungen dienen und dadurch den Ausstellern auch einen pecuniären Vortheil versprechen. Die hiesige Gewerbe-Ausstellung ist die Frucht der Extra-Eisenbahnfahrten, welche zum Besuch der Berliner Gewerbe-Ausstellung für die hiesigen Gewerbtreibenden eingerichtet wurden.

Königsberg, den 16. October. (Const. Z.) Königs Geburtstag! Wie anders ward er diesmal gefeiert als im vorigen Jahre, wo die erhitzten Parteien sich so schroff gegenüberstanden, daß die Polizei alle Festlichkeiten verbieten mußte! Mit Guirlanden und Fahnen geschmückt, ragte der ehrwürdige Schloßthurm in die helle Morgenluft hinein. Eine Fanfare vom Thurme herab begrüßte den festlichen Morgen; dann folgte ein Choral und sodann das alte Lied der Hohenzollern „Heil dir im Siegerkranz!" Eine fröhliche Menschenmenge umstand die Gegend des Schlosses. Um 11 Uhr war große Parade der Garnison auf Königsgarten. Der commandirende General, Graf zu Dohna brachte ein Hoch auf den König aus; hinter dem Schauspielhause donnerten die 101 Freudenschüsse. Wiederum stimmte die Militärmusik auf dem Schloßthurme den Choral: Nun danket alle Gott! an. Dann folgten die verschiedenen Festmahle. Um 4 Uhr verkündeten drei Kanonenschläge den Anfang der General-Versammlung des Preußenvereins im v. Borkschen Garten. Der Garten war festlich geschmückt, viele Fahnen wehten; als es dunkelte wurde er glänzend erleuchtet und mit Transparenten geschmückt. Da die Mitglieder des Vereins mit ihren Familien Zutritt hatten, wogten etwa 6 bis 7000 Menschen durch die schattigen Gänge des weitläufigen Gartens dahin. Auf dem Schloßteiche ward ein großartiges Feuerwerk abgebrannt; Böllerschüsse und Militärmusik begleiteten dasselbe. Inzwischen hatte auch die Stadt ihr Festgewand angelegt. Als es dunkelte, da flammten auf einmal um die Kuppel des Schloßthurms 300 Lampen auf, und wiederum schmetterte die Militärmusik patriotische Lieder in die freudig bewegte Stadt. Das war das Signal zur Illumination. In den Hauptstraßen war Haus bei Haus in einer Vollständigkeit illuminirt, wie wir es kaum bei irgend einer Gelegenheit gesehen haben. Dicht gedrängt wogte die Menschenmasse durch die erleuchteten Straßen; aber kein Lärm, keine traurigen Excesse störten das Fest. Hie und da waren Büsten des Königs, mit Blumen bekränzt, zu sehen; Transparente und anderer Schmuck. Besonders schön hatte sich das Museum geschmückt, und in einem eigens dazu verfertigten Transparentgemälde, den König als den die Kunst segnenden und schirmenden freundlichen Genius dargestellt. Freudenschüsse fielen hin und her und erst mit einbrechender Nacht verlöschten die Lichter. Festliche Bälle verlängerten die Freude noch bis über die Grenze des Festtages hinaus.

Düsseldorf, den 18. October. Die Feier des Geburtstages des Königs hat in Elberfeld nicht so rege Theilnahme gefunden, als man hätte erwarten sollen, denn die leidige Cholera hat sich dort in einer schreckenerregenden Stärke eingestellt und dadurch fast allen Verkehr, viel mehr noch alle Lustbarkeiten gehemmt. Die vorgestern beendigte Messe ist dadurch auch unter aller Erwartung ausgefallen, da die Fremden, welche sonst von weit und breit zum Einkaufe dahin zogen, sich aus Furcht vor der Cholera nicht haben sehen lassen, so daß eine sehr trübe Stimmung die Folge der vielen getäuschten Hoffnungen war. Dagegen ist in Barmen der Festtag mit einem Glanze gefeiert worden und einem Jubel, wie seit lange nicht, und eben so soll es in den benachbarten Städten des bergischen Landes ergangen sein.

Altona, den 21. Oktober. Vorgestern traf der Prinz Wilhelm von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg hier ein, nebst seinem Bruder, dem Prinzen Johann. Der erstere ist Oberstlieutenant in Oesterreichischen Diensten und eben erst von schweren, in den letzten Feldzügen erhaltenen Wunden genesen, der andere befindet sich als Major im Preußischen Militair. Beide begaben sich mit dem Nachmittagszuge nach Kiel. — Im Kieler Hafen sind vorgestern drei von der Westsee kommende Kanonenböte eingetroffen, um dort zu überwintern. Es heißt, daß eine Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Haupt- mit der Staatsschuldenkasse bewerkstelligt werden soll. Das Schleswiger Obergericht hat die Beschwerdeschrift der Direktion des „Casino" in Flensburg der dortigen Polizeibehörde mit dem Befehle zugesandt, binnen dreimal 24 Stunden Bericht darüber zu erstatten. Die Landesverwaltung fährt fort, den Advokaten in Husum per Couvert Verordnungen zuzusenden. Inzwischen haben diese gemeinschaftlich an die HH. Tillisch und Eulenburg die Verordnung über den Postzwang remittirt und zwar mit folgendem Begleitschreiben: „Unterzeichnete Anwälte erlauben sich, die ihnen übersandten Drucksachen, d. d. Flensburg, den 5. Oktober 1849, unter höflicher Verbittung ähnlicher Zusendungen hierneben zu remittiren." Hr. Mohrmann soll die Amtmannsstelle in Husum definitiv aufgegeben haben. (H. C.)

München, den 19. Oktober. Wie wir so eben aus sicherer Quelle vernehmen, wird die telegraphische Verbindung unserer Hauptstadt mit Wien bis zum 1. Dezember l. J. vollendet sein, und man hofft mit ziemlicher Bestimmtheit, das dieselbe an dem genannten Tage schon dem Publikum zur allgemeinsten Benützung wird übergeben werden. (N. M. Ztg.)

Nürnberg, den 18. Oktober. Gestern fand auf der Strecke der Ludwig-Süd-Nordbahn zwischen Mainleus und Mainroth ein beklagenswerther Unfall gegen 9 Uhr Morgens statt. Es brach nämlich eine der beiden vorderen Federn, auf welchen der Dampfkessel ruht, dieser senkte sich gegen die Axe und drückte das sogenannte Pflugmesser, das über den Schienen steht, gegen diese herab. Dadurch gerieth die Lokomotive aus dem Schienengeleise und stürzte von der Dammböschung. Fünf Wagen wurden von den Schienen gerissen, mehrere umgestürzt und alle mehr oder minder beschädigt. Leider ist dabei der Verlust von drei Menschenleben zu beklagen; außerdem ist ein Kind schwer und vier andere Personen leicht verwundet. Der Lokomotivführer und Heizer lagen unversehrt unter der umgestürzten Lokomotive; die oben auf den Wagen sitzenden Kondukteure wurden an 30 Schritt weit ins Feld geschleudert, ohne Schaden zu nehmen. (N. C.)

Oesterreich.

LNB Wien, den 22. Oktober. Die Ernennung des FML. v. Schönhals und des Baron Kübeck zu Oesterr. Bevollmächtigten bei der prov. Centralgewalt in Frankfurt ist definitiv erfolgt. — Der Rücktritt des FML. Grafen Gyulai aus dem Kriegsministerium wird in einem heutigen Blatte zugleich mit dem Bedauern mitgetheilt, daß derselbe dem FML. Dahlen, seinem Nachfolger, aufgeopfert werde, der schon in seiner frühern Anstellung den Beweis geliefert hat, daß sein Einfluß auf einen jungen Prinzen nicht zu den glücklichsten gehöre und der in seiner gegenwärtigen sich die Achtung und Liebe seiner Umgebung zu erwerben nicht im Stande war. — Das Programm der Landsteiner'schen Reichszeitung wird in diesen Tagen erscheinen. — Von Carl Beck's Gedicht „An Franz Joseph" ist bereits die dritte Auflage erschienen. — Der heutige „Oesterr. Correspondent" meldet in höhnender Weise: daß die israel. Gemeinden in Pesth und Altofen der Strafe nicht entgangen sind, die ihnen Haynau für ihre Hinneigung zur Trikolore und Ungarischen Sprachlehre auferlegt hat; doch hätten sie die geforderten Montursſorten und sonstige Ausrüstungsstücke nicht in natura zu liefern, sondern den Ersatz dafür in baarem Gelde zu leisten, weshalb ihnen der 4te Theil nachgesehen worden sei. Da nun diese Monturen zu den früheren, durch den Kriegszustand in die Höhe getriebenen Preisen angerechnet worden waren, so ist hiemit nichts weniger als eine Ermäßigung eingetreten und es wird sich — wenn schon einmal vom Rechte nicht die Rede sein soll — nun fragen, wie die Altofner Gemeinde eine Contribution werde leisten können, zu der sie notorisch ganz zahlungsunfähig ist. — Unverbürgtem Vernehmen nach sollen zu Pesth neuerdings Hinrichtungen und zwar durch den Strang bevorstehen. Von wirklich erfolgten meldet die neueste Pesther Zeitung Nichts. — Der Französische National ist seit heute hier verboten. Man giebt die Schuld höchst heftigen Artikeln gegen das Oberhaupt Oesterreichs und gegen das Oesterreichische Militär. — Die allerdings befremdende Anomalie, daß im hiesigen Burgtheater zu „Wallensteins Lager" meist Possen, wie „Versprechen hinter'm Heerd" u. dgl. gegeben werden, läßt im neuesten „Humoristen" einen Protest Friedrich v. Schillers vorführen. Derselbe erklärt darin, daß das „Versprechen hinter'm Heerd" nicht der zweite Theil zu Wallensteins Lager und überhaupt nicht von ihm sei. — Bekanntlich hieß es bereits vor mehreren Jahren, es habe sich aus den Archiven die gänzliche Schuldlosigkeit Wallensteins herausgestellt. Hiergegen tritt nun im heutigen „Oesterr. Correspondenten" Hr. E. Straube mit archivarischen Nachweisungen auf, welche das Gegentheil darthun sollen. Hr. Straube ist als Verfasser mehrerer historischer Romane und als Mitarbeiter der ehemaligen „Wiener Modezeitung" bekannt. — Ueber die neue Organisation des Heeres erfährt man Folgendes: Das ganze Heer wird in 4 Theile getheilt, ein Theil für die Deutschen Provinzen (Erzherzogthum Oesterreich, Inner-Oesterreich, Deutsch-Tyrol) unter dem Kommando des FML. Grafen Wratislaw; der zweite für Italien unter FM. Radetzki; der dritte für Ungarn unter FZM. Baron Haynau; der vierte für Galizien unter G. d. Cav. Graf Hammerstein. Unter FZM. Banus Jellacic werden die Gränzer ein fünftes Corps bilden. Diese großen Heerestheile zerfallen dann wieder in vierzehn Armeekorps, welche immer im mobilen Stande erhalten werden, um sie nöthigenfalls da und dorthin zu verwenden. FZM. Baron Heß bleibt Chef des gesammten Generalstabes. Außerdem wird eine General-Adjutantur, mit dem ersten General-Adjutanten Grafen Grünne an der Spitze, errichtet, mit welcher alle Adjutanturen der Armeekorps in schnelle Verbindung treten. — Die neuesten Nachrichten aus New-York vom 3. Oktbr. besagen, daß man nicht ohne Besorgniß einer Unterbrechung des freundlichen Vernehmens mit Frankreich war. — Aus Californien reichen die letzten Nachrichten bis zum 18. Aug. Man schätzte die monatliche Goldausbeute auf 2 Mill. Dollar.

Frankreich.

Paris, den 20. Oktober. (Köln. Ztg.) Abbé Orsini, ein persönlicher Freund L. Napoleons, ist mit einem besonderen Auftrage nach Italien abgegangen. — L. Napoleon besuchte gestern die großen Arbeiterkasernen in der Straße Rochechouart, zu deren Erbauung nach Londoner Mustern er selbst den Hauptanstoß gab, und besichtigte dieselben, vom Präfekten, dem Baumeister rc. begleitet, in allen Theilen. Vom Volke wurde er mit lebhaften Vivats begrüßt. Die legitimistische „Opinion publique" sagt in der spöttischen und verächtlichen Weise, welche seit einiger Zeit bei den Blättern dieser Farbe gegen L. Napoleon üblich ist: „Der Präsident hat heute mit seiner gewohnten Begleitung von Dragonern, welche die Pistolen in der Faust hatten, die Arbeiterwohnungen besucht, bei denen er als Hauptactionär stark betheiligt ist." — Nach demokratischen Angaben entwickelt die legitimistische Partei insgeheim die größte Thätigkeit. Zahlreiche Agenten suchen unter den Arbeitern der Vorstädte eine sogenannte „Königsgarde" anzuwerben, und ein Vertrauter des Herzogs von Bordeaux soll hier eingetroffen sein, um die royalistische Propaganda zu leiten. — Gestern ward wieder ein Ministerrath gehalten. L. Napoleon soll, demokratischen Angaben zufolge, sehr erbittert darüber sein, daß Tocqueville ihn mit seinem Briefe so ziemlich im Stiche gelassen hat. Angeblich ist es zwischen ihm und den Ministern Barrot und Tocqueville schon zu heftigen Debatten gekommen und das Gerücht spricht von Entlassung sämmtlicher Minister, mit Ausnahme der zwei liberalsten, Duffaure und Passy, deren ersterer den Auftrag zur Bildung eines neuen Cabinets erhalten würde. — Mehrere Journale bespötteln das vorgestrige Duell des Herrn Thiers; eines derselben behauptet, in den Pistolen seien gar keine Kugeln gewesen. Die „Presse" meint, das Duell habe für Thiers keinen Mord, wohl aber einen Selbstmord zur Folge gehabt; er sei jetzt moralisch todt, nachdem er geleugnet, was so viele Personen aus seinem Munde gehört hätten. — Ein Journal bemerkt, daß, da nach den Verträgen von 1840 und 1841 die Durchfahrt der Dardanellen den Kriegsschiffen aller Mächte untersagt sei, weder die französische noch die englische Flotte den Befehl dazu erhalten haben könne; es sei jedoch gewiß, daß beide Flotten befehligt seien, sich für etwa eintretende Ereignisse, den Dardanellen zu nähern. — Die Journale enthalten einen energischen Protest des gewesenen ungarischen Gesandten, Grafen Telecki, gegen die Hinrichtung des Grafen Batthyany. — Verwichene Nacht ward der schöne Freiheitsbaum auf dem Platze Richelieu muthwilliger Weise durchgesägt. Die republikanischen Blätter sind entrüstet darüber, daß der in der Nähe stehende Militärposten nichts davon gehört haben will.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung ist die Fortsetzung der Debatte über die römische Frage an der Tagesordnung. Schon um 1 Uhr, ehe noch hundert Repräsentanten versammelt sind, bemächtigt sich Desmousseaux de Givré, der schon gestern mehrere Male vergeblich das Wort verlangt hatte, dem Präsidenten zum Trotz mit Hartnäckigkeit der Tribune, um den Brief des Präsidenten der Republik, der von keinem Minister unterzeichnet sei, auf Grund des Artikels 67, der Verfassung als unkonstitutionel und mithin als für die offiziellen Verhandlungen gar nicht existirend darzustellen. Die Bänke füllen sich schnell, als der Redner von diesem tiefen Zwiespalt spricht, der zwischen L. Napoleon und seinen Ministern bestehe, und deshalb den Brief ganz aus den Verhandlungen entfernt wissen will. Man verlangt mit Ungestüm die Tagesordnung. Der Lärm, besonders auf der Linken, zwingt den Redner, die Tribune zu verlassen. Victor Hugo ergreift das Wort über gestrige persönliche Ausfälle Montalemberts gegen ihn: „Herr v. Montalembert hat den aus bewegten Herzen gekommenen Beifall eines Theiles dieser Versammlung eine Züchtigung genannt. Ich nehme dieselbe an und fühle mich dadurch geehrt. Ich lasse jedem, der ihn nehmen will, den Beifall der Henker und Unterdrücker Italiens Einst war ich mit Montalembert vereint, als er sein schönes Talent für das unterdrückte Polen anwandte. Jetzt sind wir getrennt. Das kommt daher, daß er zu den Unterdruckern übergegangen ist, während ich auf der Seite der Unterdrückten geblieben bin." (Donnernder Beifall auf der Linken.) Em. Arago fragt mit Energie, wovor die Franzosen die Römer bewahrt haben. Ob nicht die Constituirende auseinander gejagt, die Preßfreiheit unterdrückt, die Gefängnisse gefüllt und die Inquisition wieder hergestellt worden sei? Was also die Proklamation des Generals Oudinot sagen wolle, worin es hieß, daß er die Römer vor jeder Reaktion bewahrt habe? (Oudinot: Ich verlange das Wort!) „Nur Eins," fährt der Redner fort, „bleibt Euch übrig, wenn Ihr Eure feierlich gegebenen Versprechungen halten wollt: Ihr müßt das römische Volk, das Ihr, wie Ihr sagt, von den fremden Unterdrückern befreit habt, seine Regierung wählen lassen. Allein ich weiß, Ihr werdet dies nicht thun, und die Geschichte, welche die Vertheidiger Roms, die Ihr verleumdet, verherrlichen wird, wird für Euch eine Seite haben, an deren Spitze stehen wird: Verrath!" Odilon Barrot: „Die Versammlung wird die Regierung zu richten haben. Wir werden daher unseren Zweck und die Mittel, die wir wählen, deutlich und bestimmt aus einander setzen. Sich der Theilnahme an den Ereignissen in Italien zu enthalten, wäre für uns entehrend gewesen. Die römische Republik anzuerkennen, wie ein Theil der Linken wollte, hätte einen europäischen Krieg herbeigeführt und bei uns das katholische Element verletzt. Es blieb daher nichts übrig, als Intervention mit dem Frankreich eigenem liberalen Charakter. Unsere guten Absicht begegnete dem Widerstande einer kosmopolitischen Fraktion, die um ihrer Träumereien willen, das Wohl der ganzen Welt aufs Spiel zu setzen fähig war. Wir waren zum Kriege gezwungen und nahmen Rom mit Gewalt. Die Milde, mit der wir dort verfahren sind, ist nur der französischen Politik in der ganzen Welt eigen. Ich kann hier nicht die gestrige Aeußerung des Generals Cavaignac, daß er blos die persönliche Sicherheit des Papstes, bei der von ihm beabsichtigten Expedition im Auge gehabt habe, unbeantwortet lassen. Die Expedition war durchaus politischer Natur, sie war eine direkte Intervention in die Angelegenheiten des römischen Volkes, die zu den schwersten Consequenzen führen konte. Unsere Intervention hatte einen bestimmteren Zweck: nicht die Republik zu stürzen, denn wir hatten nie aufgehört, den Papst als weltlichen Souverain anzuerkennen, sondern die römische Freiheit zu retten. Bei den Conferenzen von Gaeta stellten wir unsere Forderungen, die ohne Protestation aufgenommen wurden, und es trat ein stillschweigender Contrakt zwischen unserer Politik und dem römischen Hofe ein. Die Handlungen der Cardinals-Commission in Rom traten bald ein Widerspruch mit unserer Politik und sogar mit den uns gegebenen Versprechungen. Da ließ der Präsident den Schrei des Gewissens Frankreichs vernehmen. Sein Brief wiederholte nur in edler Sprache alle Bestrebungen unserer Diplomatie von Anfang an. Man hat zwischen demselben und dem Motu proprio eine Art Widerspruch zu sehen geglaubt.... (Victor Hugo: Einen vollständigen!) Es ist wahr, daß das Motu proprio nicht alles giebt, was der Brief verlangt. Dies geben wir zu; deswegen unterhandeln wir auch, um mehr zu erhalten. Wenn wir das Motu proprio verwerfen wollten, so würde die Majorität mit der Regierung in Conflict gerathen und die Majorität selbst sich spalten. Darauf hat man spekulirt. Allein dies wird nicht eintreten. Wir werden unterhandeln, um unsere gerechten Ansprüche durchzusetzen Wir verfolgen dabei keine Chimären, sondern wollen nur die dem Zustande des Römischen Volkes entsprechende Freiheit. Hierüber sind wir nun mit dem Hofe von Gaeta in Zwiespalt. Man sagt, eine Repräsentativ-Verfassung sei mit der Souverainetät des Papstes unverträglich und werde überdies zu neuen Revolutionen führen. In einer Unterhaltung mit Herrn Raynenal war der Papst und auch der Cardinal Antonelli mit der Einführung einer Consulta mit beschließender Stimme in Finanzsachen einverstanden. Dürfen wir darauf jetzt noch bestehen? Allerdings; allein wir wollen dabei keinen moralischen oder materiellen Zwang anwenden, sondern Alles den edeln Eingebungen des Papstes überlassen. Ich erkläre, daß es weder dem Präsidenten der Republik, noch seinem Ministerium jemals in den Sinn gekommen ist, dem Papste Gewalt anzuthun. Ich bin ermächtigt, diejenigen, die dies behauptet haben, auf das ausdrücklichste Lügen zu strafen. (Aufsehen. Links: „Und der Brief? Er enthält eine Drohung!) Er enthält kein Wort der Drohung, sondern bloß eine feierliche Protestation gegen die Handlungen der Umgebung des Papstes. Das Römische Volk wird nicht die Repräsentativ-Verfassung haben, wie wir sie hatten. Allein es wird dafür weit größere Gemeinde- und Provinzial-Freiheiten haben, als wir jemals hatten. Es wird außerdem das Votum der Steuern haben. In Bezug auf die Amnestie haben wir das Recht und die Pflicht, mit Entschiedenheit mehr zu verlangen und wir haben gegründete Hoffnung, von der Güte des Papstes bald eine Erweiterung der Amnestie zu erwarten. — Ich habe jetzt Zweck und Mittel unserer Politik auseinandergesetzt. Die Versammlung wird sich durch Votiren oder Verweigern der Credite aussprechen. Die Regierung widersetzt sich aber jedem Zusatz-Antrag, der ein Mittelding einführen und die Schärfe der Frage verwischen würde. (Lange Unterbrechung.) Barrault (vom Berge) meint, das den Römern bestimmte Loos sei weder ganz die Sklaverei noch ganz die Freiheit. „Obgleich Frankreich meiner Meinung nach das christlichste Volk auf der Erde ist, so ist die öffentliche Meinung doch in Aufregung gerathen. Im Gefühl davon hat der Präsident der Republik den berühmten Brief veröffentlicht, wovon die katholische Partei jetzt nichts wissen will. Denn er stellt darin gebieterisch seine Forderungen auf. Wir haben im Gegensatz zu den Katholiken dem Brief Beifall zugerufen, weil wir darin einen moralischen Widerruf der Expedition fanden. Allein jetzt geht der Präsident der Republik und das Ministerium mit Waffen und Gepäck in das Lager der Rechten über. Das Volk muß über uns und über euch richten. Ihr scheint mir ganz den Schwindel eures Vorgängers Louis Philipp zu haben." (Murren auf der Rechten.) Der Präsident verliest den Vorschlag zu einem motivirten Schlusse der Debatte, worin der Brief des Präsidenten der Republik als Basis der Politik in der Römischen Frage anerkannt wird. V. Hugo erklärt, daß er seinen Antrag auf motivirten Debattenschluß in einen ähnlichen Antrag auf motivirte Tagesordnung umändere. O. Barrot äußert, daß es sich hier gar nicht um Tagesordnung, sondern einfach um Annahme oder Verwerfung von Crediten handle. Der Credit für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten wird mit 469 Stimmen gegen 180, der für das Kriegsministerium mit 470 gegen 165, der für das Marineministerium mit 467 gegen 168 Stimmen bewilligt. Schluß der Sitzung $6\frac{1}{2}$ Uhr. Die Versammlung trennt sich in lebhafter Aufregung. (Köln. Ztg.)

— Eine zu Lyon nach dem Juniaufstande unter der Einwohnerschaft der Stadt und der Nachbardepartements für die verwundeten Soldaten und für die Familien des getödteten Militairs eröffnete Subscription hat 140,000 Fr. aufgebracht, welche dem General Gemeau übergeben und vo ndiesem angemessen vertheilt worden sind. — Ein demokratisch-socialistisches Blatt zu Bordeaux veröffentlicht eine Liste von Subscriptionen zur Förderung des Erfolges der rothen Kandidaten für das Departement der Gironde. Unter den Subscriptionen sind folgende aufgeführt: Ein junges socialistisches Weib 25 Centimes, Marie L—, welche Gott und Ledru-Rollin liebt, 5 Centimes; S—, der Jesus Christus, Sokrates, Blanqui und Ledru-Rollin liebt, 10 Centimes; ein junger Rother, 15 Monate alt, 10 Centimes; zittert Tyrannen, Euer Sturz ist nahe, 20 Centimes; ein Vertilger der Despoten 30 Centimes; eine Frau, Mutter oder Großmutter von 20 Rothen 5 Centimes; ein Eroberer der Bastille und Kämpfer von 1830, 1848 und 185— 10 Centimes. (K. Z.)

Vermischtes.

Eine Steuerverweigerung in alter Zeit.

Im Jahre 1573, als die große Schuldenlast Churfürst Joachims II. hauptsächlich auf den Biergelderfonds übernommen wurde, wurde das Biergeld auf 3 Thlr. 12 gGr. vom ganzen Gebräue (zu 36 Scheffel) erhöht und 1624 versuchte man es auf das Doppelte: 7 Thlr. von jedem Gebräu zu legen, was jedoch, wegen Einspruch der Städte nicht durchgeführt werden konnte. „Uns als Landesfürsten", schrieb der Kurfürst Georg Wilhelm 1624 an die Stadt Berlin, „ist eure Widersetzlichkeit unleidlich, denn wir wollen monarchicum statum im Lande erhalten wissen und können democraticum, welchem olicharchicus auf dem Fuße zu folgen pflegt, gar nicht dulden." — Allein fürs Erste blieb es dennoch bei der Verweigerung, und dieses democraticum verhinderte entfernt nicht, monarchicum statum im Lande zu erhalten.

Literatur.

Der Reaktionär. Eine politische Schrift für alle treuen Preußen. Den Offizieren der preußischen Armee gewidmet von Valerian Graf Pfeil. Im Selbstverlag des Verfassers 1849. Breslau bei Korn gedruckt. Wer doch auch das Manuscript dieser politischen Schrift sehen könnte! Es muß ein fabelhafter, staunenerregender Anblick sein, dieses Manuscript. Ich denke es mir, auf bläuliches Papier geschrieben, das wie Akten in der Mitte gebrochen war. Es muß mit Tinte verfaßt sein, die ursprünglich dick und zäh war, aber durch etwas hinzugegossenes baierisches Bier wieder verdünnt worden ist. Von der Feder habe ich keine klare Vorstellung. Sie mag ursprünglich einer Vollblutgans gehört haben, ihr Schnitt ließ aber gewiß viel zu wünschen übrig. Jedenfalls war sie nicht dem Kampfe mit dem Gedanken der deutschen Sprache, den ihr Feldherr ihr zumuthete, gewachsen, auch konnte sie nicht die ihr aufgebürdete Menge der Tinte fassen; sie kleckste, wo sie ging. Jeder Mensch muß in seinem Leben eine bedeutende Menge Dummheiten und Tintenkleckse machen, wenn nicht in der Schule, so doch später im Leben und der Verfasser holte gewiß in seinem Manuscripte das Versäumte nach. Gewiß roch dasselbe auch nach Varinaskanaster und hie und da fand der Setzer räthselhafte braune Flecke, zu blaß, um von Tinte, zu dunkel, um von Kaffee oder Bier herzurühren, Flecken, wie sie nur von einer trauernden reaktionären Tabaksnase herrühren können Gewiß hatte der Küster loci an einigen Stellen irgend einen kühnen Dativus militaris, ein versprengtes Mir, oder einen verschämten Accusativus civilis, ein elegantes Berliner Mich verbessert. Im Ganzen und Großen aber war

die Anfertigung des „Reaktionärs" eine That gewesen, eine dem menschlichen Gehirn, den drakonischen Gesetzen der Sprache, der Muße eines pensionirten Offiziers und Gutsbesitzers abgetrotzte Herkulesarbeit, die Quintessenz eines Lebens und der Verfasser geht vielleicht umher, seit der „Reaktionär" gedruckt ist, wie Peter Schlemihl, da der Schatten verkauft war. Soviel über das Manuskript. (Schluß folgt.)

Kammer-Verhandlungen.

38ste Sitzung der zweiten Kammer vom 22. October.

Präsident: Graf v. Schwerin. (Eröffnung $10\frac{1}{2}$ Uhr.)

Tagesordnung: Bericht der Verfassungs-Commission über Tit. V. der Verfassung: Von den Kammern.

Am Ministertische: Gr. Brandenburg, von Manteuffel. Die Gallerien mit Ausnahme der Hof- und Diplomaten-Loge sind heute etwas mehr gefüllt, als gewöhnlich.

Präsident. Das Staatsministerium hat mir die Anzeige gemacht, daß es jetzt in den Stand gesetzt sei, die Interpellation des Abg. v. Beckerath über die deutsche Angelegenheit vollständig zu beantworten. Es wird am Mittwoch der Commissarius der Regierung, Hr. v. Radowitz, die Ergänzung der Beantwortung der Interpellation geben. Die Kammer geht sodann zur Tagesordnung über. Hierbei werden zahlreiche Amendements eingereicht, welche sich auf die Zusammensetzung der ersten Kammer beziehen, die aber sämmtlich noch nicht gedruckt sind. Es sind folgende 15: Sack, Breithaupt (Wittstock), Bote, Keller (Barnim), v. Fock, Urlichs, Reck, Reichensperger, Techow, Dyhrn, Schöpplenberg, Menzel, Reiter (Tilsit), Wehmer, Hartmann.

Der Präsident bemerkt, daß er sämmtliche Amendements drukken und sie erst Dienstag zur Abstimmung bringen lassen werde.

Abg. Keller für sein Amendement. Er glaubt, daß gerade bei dieser Diskussion der große Vorzug dieser Kammer hervortreten werde, daß jede Ueberzeugung, welche laut werde, aus einer reinen Quelle hervorgegangen sei. Nicht gute Erfindungen müsse seiner Meinung nach ein Staatsmann machen, sondern die Natur walten lassen. Er könne nun als Beobachter nicht sagen: es giebt im Staate außer dem König nur das Meer des Bürgerthums. Es giebt reiche Uebergangsstufen, deren Vertreter in ihrem Kreise eine ähnliche Stellung einnehmen, wie der König. Dahin gehöre der große Grundherr. Er eigne sich sehr wohl da, wo wir mehr die Individualitäten als die Massen hervortreten lassen wollen, seinen Sitz einzunehmen. Die zweite Kammer soll vorzugsweise unabhängig sein nach oben, die erste soll unabhängig sein nach unten. Der Gedanke einer erblichen Pairie ist nicht so unpopulär, als man glaube. Man solle nur bedenken, daß sie nur bei dem Theil der Bourgeoisie verhaßt ist, welche nach unten hin conservativ, nach oben hin radical ist. So glaubt der Redner, daß sein Amendement die beste Zusammensetzung der ersten Kammer vorschlage. Ohne eine erste Kammer von dieser Art werde unmöglich das constitutionelle Königthum segensreich wirken. (Beifall.)

Abg. Beseler: Ich habe mich überzeugt, daß in der deutschen Geschichte unser hoher Adel nicht die Stellung eingenommen hat, der Freiheit der Volksentwickelung gegenüber, daß an ihn das Volk Traditionen von Aufrechterhaltung der Freiheit knüpfen könnte. Im Gegentheil ist der Adel dem Gemeinwohle oft feindlich entgegengetreten; und was den kleinen Landadel betrifft, so hat sich dieser nur zu häufig den Höfen und Hofinteressen dienstbar gezeigt. Die socialen Bewegungen haben im vorigen Jahre vorzugsweise da gewüthet, wo unmittelbar reichsständisches Gebiet war. Sehen sie nach Frankreich! Was hat die erbliche Pairie dort geholfen? Beim ersten Volkssturme sank sie unrühmlich dahin, sie mordete sich selber. Selbst das Patriziat in der Schweiz hat sich nicht erhalten können, und der Vorredner selber hat gewiß seine Gründe gehabt, als er seine Thätigkeit darauf verwandte, das Patriziat aufzuheben. (Bravo.) Ich glaube also, wenn die Corporationen in Gemeinden und Bezirken, nicht jene mittelalterliche, sondern die modernen Corporationen, die erste Kammer bilden, dann stellen wir einen gedeihlichen Staatsorganismus her, dann schaffen wir ein dauernd conservatives Element. Wenn man die Universitäten als solche Corporationen annimmt, so ist dies irrig, es sind jetzt nur noch Staatslehranstalten. Wenn wir nun die verschiedenen Interessen unserer Provinzen bedenken, so werden wir als das Beste, ein Provinzenhaus, nach Analogie eines Staatenhauses bilden. Können wir aber im Preuß. Staate nach den gegenwärtigen Verhältnissen es wagen eine größere Selbstständigkeit der Provinzen zu begünstigen? Man könnte glauben, durch solch' Provinzenhaus würde der Particularismus genährt und Preußens Energie und Einheit gefährdet werden. Doch meine ich, ließe sich eine Form finden, die diese Gefahren nicht nach sich zieht; die Gemeindeord liegt uns noch vor. Herr Keller hat vor Einfällen gewarnt. Ich dächte doch, daß gute Einfälle auch in der Politik zu etwas gut sind. (Heiterkeit.) Ich finde nur verschiedene Formen in den verschiedenen Staaten, in Norwegen das Odelsthing, in Frankreich die frühere Pairskammer, in Belgien den Senat, wo der Reichthum vorzugsweise vertreten ist; sämmtlich sind sie machtlos. Die Verfassung vom 5. Dez. hat eine Form gewählt, welche eine mit der zweiten Kammer gleichartige Kammer schafft; dies halte ich aber für das gefährlichste. Wenn man daher das Provinzenhaus als zu nachtheilig erachtet, könnte man am ehesten den Kommissionsvorschlag annehmen. Nur möchte ich dabei die Bestimmung ausgeschlossen wissen, wonach 80 Männer durch die größten Grundbesitzer gewählt werden sollen. Denken Sie nur an die große politische Thätigkeit, die so schon dem Volke zugemuthet wird. Außerdem findet man jetzt schon, daß der große Grundbesitz gar nicht so unpopulair ist, er wird in beiden Kammern ohnehin stark vertreten sein Daher wird, wenn der Grundbesitz noch besonders vertreten ist, auch von andern Seiten, dem Handwerkerstand 2c., der Anspruch erhoben werden, ebenfalls besonders vertreten zu sein. Ferner wünsche ich die Entziehung der Diäten ausgeschlossen. Was das Steuerbewilligungsrecht in Bezug auf die erste Kammer betrifft, so glaube ich nicht, daß dasselbe Einfluß auf die Form der ersten Kammer haben darf. Das Steuerbewilligungsrecht ist zwar jetzt mehr bedroht, als je; aber ich glaube, es wird stets der Gegenstand der Bestrebungen der Kammern sein, und wenn es jetzt nicht erworben wird, so wird es, glaube ich, bald geschehen. (Zischen rechts. Lebhaftes Bravo zur Linken.)

Abg. Reichensperger für sein Amendement. — Wenn der Redner zurückblickt auf die ständische Vergangenheit, welche mit so reichen Rechten ausgestattet war, und auf ihren Untergang, so sagt er sich, daß, da sie sich selbst nicht habe halten können, es auch auf keinen Fall gelingen werde, sie wieder zu schaffen. Es fehle unserer Aristokratie der Geist der Englischen Aristokratie. Das sei der große Unterschied zwischen der Deutschen und Englischen Aristokratie, daß jene das freie Land unfrei, diese aber England frei gemacht habe. Man hat gesagt, man solle bei uns das Alte wieder aufnehmen. Aber was von der Geschichte gestraft, vernichtet ist, kann man nicht wieder aufnehmen. Die gewünschte Pairie, die gewünschte Grundherrenvertretung würde den Geist der Privilegirten in die erste Kammer tragen. Selbst das Dritttheil der Kammer, welches der Kommissionsvorschlag aus den großen Grundbesitzern wählen lassen wolle, werde möglicher Weise der Grund eines baldigen Verfassungsumsturzes werden. Er will, daß das Eine Drittel der ersten Kammer von der Provinzial-Vertretung gewählt werde.

Abg. Urlichs ebenfalls für ein von ihm gestelltes Amendement. Das Verhältniß der Englischen Aristokratie zur Deutschen pflege man falsch darzustellen. Nur in einzelnen Fällen sei die Englische Aristokratie in der Weise aufgetreten, wie man dies als ihre gewöhnliche Handlungsweise darstellen wolle. Die eigentlichen Errungenschaften, freisinnige Verfassungsänderungen u. s. w. seien gerade ihr abgerungen. Der Nationalunterschied zwischen dem Wesen des Englischen und Deutschen Adels sei nicht so groß, als ein anderer Unterschied: in England habe man Achtung vor Macht und Größe, und dies hange wesentlich damit zusammen, daß der Engländer sein Vaterland groß und mächtig sehen wolle: denn die Größe des Einzelnen ströme auf die Gesammtheit über. — Das Oberhaus vertrete in England mit unbeschreiblicher Würde die Nation nach Innen und Außen. — Der Adel sei in Deutschland nicht so unpopulär, als man zu glauben scheine, er habe in Preußen, wenn irgendwo, Anspruch auf Popularität. Er sei hier am meisten der Vorkämpfer für die Volksfreiheiten gewesen. Der Redner erinnert an Stein und Hardenberg.

In Abwesenheit des Hrn. Simson nimmt der zweite Vicepräsident v. Lensing den Vorsitz ein.

Graf Renard beginnt zunächst von den alten Römern zu sprechen. Er hat gehört, der constitutionelle Staat bestehe aus drei freien, selbstständig neben einander stehenden Gewalten. Ihm ist das nicht ganz klar. — Kranke werden gesund, wenn sie allopathisch, homöopatisch und hydropathisch behandelt werden. Am Besten, wenn sie gar nicht behandelt werden. Auch wir werden in politischer Hinsicht am Besten gesunden, wenn wir nur die Natur walten lassen. Man möge daher der zweiten Kammer von Volkes Gnaden, eine erste Kammer von Gottes Gnaden hinzufügen. Die Französische Revolution vernichtete die höchsten Faktoren der Französischen Geschichte. Darum liegt sie darnieder. (Den Keim für die Uebelstände, an denen wir leiden, sieht der Redner in unserer frühern „wühlerischen" Bureaukratie.) Die zweite Kammer soll die Interessen des Augenblickes vertreten, die erste die dauernden. Der Redner wird immer eifriger und verliert sich endlich ganz in Reminiscenzen von Definitionen aus der Kellerschen Rede: er denkt sich die erste Kammer unabhängig nach unten, die zweite nach oben. Er ist für das Kellersche Amendement, redet von wüsten Inseln, freut sich, noch nicht in Atome zerstückelt zu sein und bekommt zum Schluß einige Bravorrufe.

Abg. Müller (Wohlau): Die Commission hat zunächst vorgeschlagen, daß die Prinzen des Königl. Hauses Sitz in der ersten Kammer haben sollen. Damit sind Alle Mitglieder des Hauses einverstanden, und ich zumal begrüße darin einen herrlichen Umschwung der öffentlichen Stimmung, wenn ich an die Aufnahme denke, die ein Prinz des Königl. Hauses, als er aus fremden Ländern zurückkehrte, erfuhr. Was die übrigen Bestandtheile der ersten Kammer betrifft, so bin ich für eine erbliche Pairie. Wenn auch in unserm Vaterlande und zumal in meinem engern Vaterlande mir von Verdiensten Nichts bekannt ist, die unser hoher Adel für das Volk hätte, so liegt es darin, daß bisher das Volk kein Streben nach größerer Freiheit hatte, als unsere Könige sagten: Wir sind des Staates wegen da, daß es allein darauf ankam, Zeit und Blut fürs Vaterland bereitwillig zu opfern. Als aber das Volk erwachte, da hat auch der höhere Adel gezeigt, — und ich erinnere hierbei an den Vereinigten Landtag, — daß er den Freiheiten des Volkes nicht hemmend entgegentrat. Schließlich empfiehlt der Redner alle die Amendements, welche sämmtliche Interessen im Volke vertreten, eine erbliche Pairie schaffen und den Standesherren einen Sitz geben.

Abg. Breithaupt (Wittstock) erklärt sich ebenfalls dafür, daß die Standesherren Sitz in der ersten Kammer haben sollen, weil die Wiener Verträge ihnen ihre Rechte bereits garantirt hätten, doch ist er gegen erblich zu ernennende Pairs. Ebenso spricht er sich gegen die Wahl durch Kreisvertreter aus, denn diese würden dieselben Interessen vertreten, als die Wahlmänner, welche die Abg. zur zweiten Kammer wählten. Dagegen ist er für eine Vertretung sämmtlicher Interessen, sowohl des beweglichen als des unbeweglichen Vermögens, ferner für eine Vertretung der Kunst und Wissenschaft und der Armee, weil Preußen gewissermaßen auf die Heerverfassung gegründet sei. Endlich will er zur Ausgleichung der verschiedenen Interessen noch einige Abg. der Provinzial-Versammlung.

Abg. Tobe: Das Vermögen ist heutzutage ein gewaltiger Hebel in dem Leben des Staates. Es giebt eine unabhängige Stellung „nach oben und nach unten" Darum muß das Vermögen vor Allem repräsentirt sein. Doch ist die Grundsteuer nicht der Maßstab des Vermögens, deshalb ist die Zahl von 200 Grundbesitzern zu viel. Ich wünsche daher, daß die Zahl der Grundbesitzer nach den Verhältnissen der einzelnen Provinzen festgestellt werde.

Ein Antrag auf Vertagung der Debatte bis morgen 12 Uhr wird vom Abg. Camphausen eingebracht, der die Majorität erhält. Schluß der Sitzung: $3\frac{3}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Locales 2c.

Posen, den 25. Oktober. Zu der gestr. Sitzung der Stadtverordneten hatte sich wieder eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden. Zuerst hielt der Vorsitzende, Prof. Müller, einen Vortrag über diejenigen Schritte, die bisher theils von den Kommunalbehörden, theils von großen Vereinen von Hausbesitzern in unserer Stadt zur Erlangung des Austritts aus dem Provinzial-Feuerversicherungs-Zwangsverbande, freilich bis jetzt immer erfolglos, unternommen worden, und theilte dann mit, daß eine schon an die frühere Kammer gerichtet gewesene diesfällige Petition von unsern gegenwärtigen Deputirten in Berlin der zweiten Kammer habe vorgelegt werden sollen, daß aber diejenige Fraktion der Kammer, in welcher diese Angelegenheit zur vorläufigen Besprechung gekommen, eine veränderte Fassung des Antrags für erfolgversprechender erklärt habe, worauf denn auch ein solcher ausgearbeitet worden, und nunmehr der Versammlung zur Unterzeichnung werde vorgelegt werden. Hierauf verlas Hr. Müller die Petition, worin durch Zahlen das der Stadt Posen durch diesen Zwangsverband zugefügte schreiende Unrecht auf's schlagendste nachgewiesen ist. Der Schluß-Antrag geht dahin, daß der Stadt Posen entweder gestattet werden soll, aus diesem lästigen Verbande auszutreten, und die Versicherung ihrer Gebäude zu beschaffen, wo sie wolle und könne, oder, falls dem begründete Bedenken entgegenstehen sollten, den Hausbesitzern Posens nachzugeben, einen eigenen Feuerversicherungsverband unter sich zu bilden, wobei es jedem Grundbesitzer verstattet sein solle, entweder bei der alten Provinzial-Societät zu verbleiben, oder sich dem neuen Vereine anzuschließen. Gleichzeitig wird in einer andern Petition der Minister des Innern ersucht, den Kammern die diesfällige Gesetzesvorlage zu machen. Ein drittes Gesuch nimmt die Verwendung des Ober-Präsidenten v. Beurmann zu Gunsten der obigen Petition in Anspruch. Alle drei Schriftstücke wurden vollzogen. — Hierauf wurde die vom Kollegium beschlossene Petition an die zweite Kammer gegen eine etwaige Zerstückelung der Provinz (nachdem der Entwurf, dem Beschluß der letzten Versammlung gemäß, dahin abgeändert war, daß der Demarkation nicht geradezu gedacht wird, und der Passus, der von einem engern Anschluß an Deutschland handelte, weggelassen ist) von der Versammlung vollzogen. Der Schluß-Antrag lautet dahin: „die Integrität der Provinz Posen, wie sie gegenwärtig besteht, aufrecht erhalten, und allen etwaigen Vorlagen der Regierung, die eine Zerstückelung oder Abtrennung einzelner Theile derselben zum Zwecke haben, die Zustimmung versagen zu wollen." Diese Petition, welcher auch der Magistrat beigetreten war, wurde, wie die vorerwähnten, demselben zur Weiterbeförderung übergeben. — Hiernächst wurde zur Berathung des Walischeier-Brückenzolltarifs geschritten. Wegen des Chausseezugs durch die Stadt darf an den Eingängen derselben das Pflastergeld fortan nicht mehr erhoben werden, doch ist der Stadt unbenommen, zur Instandhaltung, event. zum Neubau der Walischeier Brücke einen Brückenzoll einzuführen, der ausreicht, die Zinsen des ursprünglichen Anlagekapitals zu decken, die laufenden Unterhaltungskosten zu bestreiten, und die Mittel zum Neubau nach 40 e Jahren zu gewähren. Der Magistrat hatte zu diesem Behufe einen Tarif vorgelegt, wonach von jedem die Brücke passirenden Pferde 4 Pfennige, von jedem Stück Rindvieh, Maulthier oder Esel 2 Pf. erhoben werden sollen, was eine Jahreseinnahme von circa 2200 Thlr. abwerfen werde. Eine Kommission von Stadtverordneten hatte diesen Tarif in allen seinen Theilen bemängelt, und insbesondere die veranschlagten Reparatur- und Neubaukosten für zu niedrig, eine zweite Kommission dagegen sich mit dem Tarifs-Entwurf einverstanden erklärt. Bei der Debatte verlangte Herr Schriftführer Mamroth, daß gar kein Brückenzoll erhoben werde, weil dadurch der Verkehr im Allgemeinen gehemmt und die Bewohner der jenseits der Warthe liegenden Stadttheile beeinträchtigt würden. Ihm trat, dem Prinzip nach, der Vorsitzende bei, fügte jedoch hinzu, daß der finanzielle Zustand der Kommune die Einführung des Brückenzolls durchaus bedinge. Hr. Kaatz entwickelte nochmals die Mängel des Tarifs und trug auf Berücksichtigung der Monita der ersten Kommission an. Schließlich wurden beide Kommissionen zu einer neuen Kommission, unter Hinzuziehung des Sachverständigen Hrn. Baumeister Küster statt des ausgeschiedenen Hrn. v. Salkowski, vereinigt, um im Verein mit dem Magistrat die Bauanschläge wie den Tarif einer nochmaligen gründlichen Prüfung zu unterziehen. — Für die Verwaltung der Hundesteuerkasse wurde dem Rendanten Baudach die bisher übliche Remuneration von 50 Thlr. auch pro 1850 bewilligt. Die Steuer bringt jährlich etwa 600 Thlr. ein, die bekanntlich zu Granitbahnen verwandt werden. — Dem Wundarzt Eckstein, der den suspendirten Stadtchirurgus Protz vertritt, wurde für die Dauer seiner interimistischen Thätigkeit eine Remuneration von jährlich 50 Thlr. bewilligt, so daß derselbe jetzt eine Jahreseinnahme von 200 Thlr. bezieht. — Statt des ausgeschiedenen Hrn. Veit wurde Hr. Breslauer zum Mitglied der Schätzungs-Commission ernannt. — Eine Anzahl Consense wurde vollzogen und eine Commission erwählt, welche die behufs Betreibung von Commissionär-Geschäften u. s. w. eingehenden Gesuche zu prüfen hat. — Ferner kam die Turnfrage zur Verhandlung. Der Vorsitzende setzte auseinander, daß der Turnunterricht für die Elementarschulen jetzt obligatorisch sei, und daß der Magistrat daher den Vorschlag gemacht habe, zur Verminderung der Kosten, mit dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Verbindung zu treten und eine gemeinschaftliche Turnanstalt herzustellen. Eine Kommission, zu welcher der Vorsitzende auch gehöre, habe die vorhandenen Apparate abgeschätzt, die Kosten der Unterhaltung berechnet und die Bedingungen der Assoziation vorläufig festgestellt. Das hierüber sprechende Protokoll wurde verlesen. Hr. Stadtrath Kießling entwickelte hierauf die Vortheile einer solchen Vereinigung und empfahl die Annahme des Entwurfs. Herr Matecki protestirte gegen eine Verbindung mit dem F. W. Gymnasium und verlangte, daß die Kommission zunächst noch einen Versuch machen sollte, mit allen Schulanstalten in Posen ohne Rücksicht auf Confession und Nationalität sich in Verbindung zu setzen, um eine große, allen gemeinsame Anstalt mit eigenen gymnastischen Lehrern herzustellen, eine Ansicht, die, trotz des Widerspruchs der Herrn Kießling und Müller, bei der Abstimmung die Majorität behielt. — Dem kranken Rathsdiener Kulas wurde eine Unterstützung von 10 Thlr. gewährt; und die Lieferung des Bedarfs an Semmeln und Brot für die städtischen Institute pr. 1850 wieder dem bisherigen Lieferanten Herse zugesprochen. — Ein von den H. Szymanski und Matecki eingebrachter Antrag, an die beiden Kammern das Gesuch zu richten, auch von Posen nach Bromberg, Frankfurt a. O., und bis zur Polnischen Grenze Schienenwege zu bewilligen, gab zu einer lebhaften Debatte Anlaß, wobei besonders die Hrn. Kaatz und Jaffe die Ansicht gelteud machten, daß durch dies neue Gesuch leicht die erste Petition — (Bau einer Bahn nach Breslau) — abgeschwächt werden könne. Schließlich wurde die Eingabe der Eisenbahn-Commission zur näheren Erwägung überwiesen, da den bekannt gewordenen Kammerdebatten zufolge die Eisenbahnfrage noch vertagt worden, der Antrag somit nicht dringlich sei. — Eine Interpellation des Hrn. Breslauer: ob die der hiesigen Bank zur Aufspeicherung von Wolle vermiethete Theresienkirche derselben zum 1. Novbr. aufgekündigt sei, wurde vom Magistratsdirigenten bejaht, unter dem Hinzufügen, daß das Lokal für die Pfandleihanstalt unentbehrlich sei. Hr. Breslauer stellte

nun den Antrag, daß die Kirche der Bank auch ferner überlassen bleiben solle, weil es an anderweitigen Speicherungslokalen mangele und der aufblühende Wollhandel in Posen darunter leiden würde. Hierauf wies der Magistrats-Dirigent die Unentbehrlichkeit des Lokals für die städtischen Zwecke nach, worauf bei der Abstimmung der Antrag des Hrn. Breslauer mit 8 gegen 9 Stimmen in der Minorität blieb. — Die Sitzung dauerte von 3 bis 8 Uhr.

Posen, den 25. Oktober. [Gewerbliches.] Durch die ereignißvollen Tage des 18. und 19. März v. J. wurden u. a. auch Arbeiterbewegungen hervorgerufen, und nicht nur die Regierung ist zu der Einsicht gelangt, daß die Mißverhältnisse zwischen den Wohlhabenden oder Besitzenden und den Besitzlosen ausgeglichen und so die Hauptursachen des Proletariats entfernt werden, sondern auch die Arbeitgeber selbst sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß vereinte Kraft stark mache, und daß durch allerhand Vereine die Armuthsquelle nicht wie bisher durch Verabreichung von Almosen, welche höchstens eine momentane Abfindung mit der Armuth sind, sondern durch ein eigentliches Patronatsverhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gänzlich und für immer verstopft werde. Daher schreibt sich die Organisation des Innungswesens, welches eine möglichste Förderung der technischen, geistigen und sittlichen Ausbildung der jüngeren Gewerbsgenossen, Herstellung vereinter Kräfte zur Erweiterung des Geschäfts-Betriebes und kräftige Begegnung schädlicher Konkurrenz, eine gerechte Vertheilung öffentlicher Arbeiten an die Innungsgenossen, eine Tüchtigkeit der Genossen in ihrem Fache, und überhaupt Bewahrung gegenseitiger Treue und Redlichkeit, Zucht und guter Sitte und Verbreitung einer ehrenhaften Gesinnung zum Ziele hat. Darum sind denn auch bald nach Erlaß der neuen Gewerbegesetze vom 31. März 1848 Vereine gebildet worden, theils zur Beförderung von Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Wohlstand und Sittlichkeit, (wie der Düsseldorfer Verein) und Errichtung von Arbeitnachweisungsbüreaux; theils sind Hülfs- und Unterstützungsvereine, auch Vorschußvereine und naturwissenschaftliche Institute für den Gewerbestand, Kranken- und Alter-Verpflegungsvereine fast überall ins Leben getreten; selbst Frauen haben willig die Hand zur helfenden That gereicht und haben bereitwillig ein todtes Kapital von Schmuck, Gold und Silber, was der Luxus früherer Jahre aufgehäuft auf den Altar des Gemeinsinnes niedergelegt und dadurch dem kleinen Fabrikanten und Handwerker eine kräftige Abhülfe verschafft. Was ist nun bei uns geschehen? *) — Es existirt zwar ein Handwerkerverein, aber nirgends hat derselbe in einem gemeinnützigen Institute, in einem Hülfs- und Unterstützungsvereine sich Geltung und Anerkennung zu verschaffen gewußt und auch der Aktien-Verein zur Begründung einer gewerblichen Darlehns- und Verkaufs-Anstalt ist wegen Mangel an Theilnahme eingegangen. Wir sollten aber in der Provinzial-Hauptstadt, welche doch die Gesinnung der ganzen Provinz repräsentiren müßte, gegen andere kleinere Städte in der Association nicht zurückbleiben. Wir müssen aber, wenn sich der Handwerkerstand heben und ein regeres Leben gewinnen soll, die Handwerksgenossen darauf hinweisen, daß ihnen ein Leben von Außen her nicht gegeben, sondern daß ein solches lediglich aus ihnen selbst erzeugt werden kann, und darum ist bei Entwerfung der Innungsstatuten und Errichtung von Gewerbegerichten Einheit, Besonnenheit und Mäßigung vor Allen nothwendig, wenn die Symptome einer sich ausbildenden gefährlichen Krankheit, und der gefährliche Ansteckungsstoff des Kommunismus auf immer beseitigt werden sollen. Darum, ihr braven Handwerker, gehet freudig und muthig ans Werk, durch edle Aufopferung für's Allgemeine, durch diese zur Stärke; Arbeitsamkeit und Sparsamkeit mit Sittlichkeit gepaart wird den Wohlstand als nothwendige Folge nach sich ziehn, und der Handwerkerstand wird jene feste Stütze des Staates werden, an der jede Verführung der Selbstsucht scheitern muß, und Glück und Wohlfahrt werden Euch ersprießen und zugleich die festesten Angeln des Staatsgebäudes werden!

*† Bromberg, den 23. Oktober. Die Vorbereitungen zur Errichtung eines Gewerberathes für Bromberg haben begonnen. Am verflossenen Donnerstage sind die Kaufleute und am Freitage die Innungsvorsteher auf das Rathhaus beschieden, um ihre Meinung kundzugeben. Beide haben sich für die Errichtung eines Gewerberathes, jedoch nur mit 2 Abtheilungen, ausgesprochen, da der Fabrikenstand hier zu unbedeutend sei, um eine eigne Abtheilung zu bilden. — Das Bürgerwehr-Commando unserer Stadt ist mit unserm Magistrat in einen eignen Konflikt gerathen. Schon vor längerer Zeit nämlich hat dasselbe, jedoch auch nicht einmal mit Uebereinstimmung aller Offiziere die hiesige Bürgerwehr für aufgelöst erklärt und die Waffen zurückverlangt. Aber nur wenige Bürgerwehrleute hatten damals selbige zurückgeliefert. Doch selbst die Aufbewahrung und die Abnahme der so spärlich einkommenden Waffen scheinen dem genannten Commando beschwerlich gewesen zu sein und so ersuchte es, statt die letzten Gewehre nochmals selbst einzufordern, den hiesigen Magistrat die Abnahme veranlassen zu wollen. Selbiger aber weigerte sich natürlich, da er die Ausgabe nicht bewirkt habe, und bestritt zugleich aus diesem Grunde sowohl seine Verpflichtung als auch sein Recht zur Abnahme. Jedoch sei er gern bereit, so lautete es in seinem Schreiben, bei den die Abgabe Verweigernden auf Ansuchen des Bürgerwehr-Commando's die nöthige polizeiliche Hilfe zu gewähren. Das genannte Commando scheint aber gern die mit dem ganzen Geschäfte verbundenen Unannehmlichkeiten dem Magistrate aufbürden und sich davon befreien zu wollen und beabsichtigt daher, die Angelegenheit jetzt der Regierung zur Entscheidung und eventuellen Einziehung der Waffen zu übergeben. Man ist nun auf die endliche Lösung dieser Angelegenheit gespannt, und selbige ist gewiß recht bald herbeizuwünschen, da bei noch längerer Verzögerung derselben die Waffen, die vom Staate mit so großen Opfern angeschafft worden, gänzlich unbrauchbar werden.

*) Einen erfreulichen Anfang zur sittlichen und wissenschaftlichen Hebung des hiesigen Handwerkerstandes erblicken wir allerdings übrigens in der vom Maler Rasche gegründeten „Zeichnenschule für junge Handwerker", auf welche wir bereits in den Zeitungen vom 20. und 21. aufmerksam gemacht haben. Für das fortschreitende Gedeihen des jungen Instituts spricht die heutige Anzeige des Herrn Rasche am Besten. Red.

Theater.

Dem kunstsinnigen, Theater besuchenden Publikum können wir die erfreuliche Kunde mittheilen, daß Sonntag wieder ein in Berlin und Wien sehr beliebtes Stück: „Unter der Erde, oder Freiheit und Arbeit" von Elmar mit Couplets zur Aufführung kommen wird. — Ferner hat die Direktion in der Person des Fräuleins Jonisch, von der Rostocker Bühne, für das Fach der Soubretten eine sehr gute Acquisition gemacht. Die junge Künstlerin wird gleich nach dem 1. November eintreffen, und sehen wir dann der Aufführung mehrerer komischen Opern entgegen.

Verantw. Redakteur:. C. E. H. Violet.
Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.
Freitag den 26. Oktober zum Letztenmale: Deborah, Schauspiel in 4 Akten von S. H. Mosenthal.

Heute Morgen um 6 Uhr, am Tage seiner Geburt, ging nach kurzem Krankenlager der Consistorial-Secretair Oschlitzki in einem Alter von 39 Jahren zum höheren Lichte ein. Freunden und Bekannten des Dahingeschiedenen widmet diese Anzeige, um stille Theilnahme bittend
die tiefbetrübte Wittwe Marie Oschlitzki nebst ihren 3 unmündigen Kindern.
Posen, den 25. Oktober 1849.
Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittags 3 Uhr statt.

Bekanntmachung.

Die dem Militair-Fiskus gehörigen beiden Holz-Plätze an der Warthe,
1) auf dem Graben No. 13.,
2) = = dto. No. 14., 15., 16.,
sollen anderweit auf ein oder mehrere Jahre öffentlich, und zwar ersterer vom 1sten December 1849, und der zweite vom 1sten Januar 1850 an, eben so von dem Grundstücke No. 14., 15. und 16 Graben ein Seitengebäude, und der größte Theil des Gartens nebst Gartenhaus ebenfalls vom 1sten Januar 1850 an, verpachtet werden.

Pachtlustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß ein Termin hierzu auf Ort und Stelle
am 30sten Oktober c. Nachmittags 3 Uhr
ansteht, und die Pachtbedingungen im Bureau der Festungsbau-Direktion vorher eingesehen werden können.
Posen, den 23. Oktober 1849.
Königliche Kommandantur.

Bekanntmachung.

Da in dem am 28sten v. Mts. angestandenen Verkaufs-Termine für die bei der Dismembration des Domainen-Vorwerks Bogdanowo bei Obornik,
(cf. No. 243. des Preuß. Staats-Anz. p. 1849,
= 205. der Posener } Zeitung dto.
= 205. = Breslauer }
= 37. des Posener } Amtsblatts dto.
= 38. = Bromberger }
neu gebildeten Etablissements,
No. 2. von 378 Mrg. 171 □R.,
= 3. = 230 = 18 =
zum Taxpreise von resp. 7330 Rthlr. u. 5610 Rthlr. einschließlich der zu translocirenden Gebäude und der Antheilsrechte an den Schul- u. Schulzenamts-Dotationen
der Zuschlag nicht ertheilt worden ist, so haben wir einen neuen Licitations-Termin
auf den 31sten Oktober d. J. Vormittags 9 Uhr im Marquardtschen Gasthofe zu Obornik,
vor dem Regierungs-Rath Schnell angesetzt. Zu diesem Termine werden zahlungsfähige Kauflustige, welche sofort ein Zehntheil ihres Gebots als Kaution zu erlegen vermögen, mit dem Bemerken eingeladen, daß die Veräußerungs-Bedingungen nebst Zubehör, so wie die Karte und das Eintheilungs-Register von den beiden Etablissements auf dem Landraths-Amte zu Obornik, und mit Ausschluß der Vermessungs-Dokumente auch auf dem Landraths-Amte zu Samter, den Rentämtern zu Rogasen und Birnbaum und in unserer Domainen-Registratur zur Einsicht ausliegen.
Posen, den 1. Oktober 1849.
Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Dom. u. Forsten.

Königliches Kreis-Gericht,
Erste Abtheilung für Civil-Sachen.
Posen, den 8. August 1849.

Ueber den Nachlaß des hierselbst am 7ten Februar 1847 verstorbenen ehemaligen Ministers und Staats-Secretairs Stanislaus von Breza, ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß heute eröffnet worden.

Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht am 12ten December d. J. früh um 10 Uhr vor dem Herrn Rath Pilaski in unserem Instruktions-Zimmer an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwanigen Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Den auswärtigen Gläubigern werden die Rechts-Anwälte Brachvogel, Douglas, Tschuschke, Zembsch und Gregor als Mandatarien in Vorschlag gebracht.

Nachlaß-Auktion.

Dienstag den 30. und Mittwoch den 31. October Vormittags von 10 und Nachmittags von 3 Uhr ab, sollen in dem Hause No. 1 am Neustädtischen Markt mehrere Nachlaßsachen, bestehend in Möbeln von Mahagoni- und anderm Holz, als: Sopha, Tische, Stühle, Komoden, Spiegel rc., Gardinen, einige Oelgemälde, eine große Anzahl Kupferstiche und Zeichnungen, Bücher verschiedenen Inhalts, namentlich mehrere über Bauwissenschaft, Haus- und Küchengeräthschaften, Porzelan, Glas, gut erhaltenes Kupfergeräthe, nebst mehreren andern Gegenständen, und den 31. Mittags ein Halb-Wagen öffentlich versteigert werden.
Anschütz.

Offene Stelle.

Auf einer Domaine, unweit Breslau, wird zur Selbstbewirthschaftung wo möglich ein verheiratheter Inspektor, welcher eine Caution von 1500 Rthlr. baar erlegen kann, gesucht. Derselbe kann die Stelle sofort antreten und erfährt das Nähere beim Besitzer des gedachten Gutes im Hotel de Berlin in Posen im Zimmer No. 8.

Ein Kapital von 266,000 Rthlr. Preuß. Cour. kann man durch Anlegung von 8 Rthlr. Pr. Cour erlangen. Die Bedingungen dieserhalb ertheilt das Büreau von Joh. Poppe in Lübeck.

Bäckerstraße No. 14. 1 Treppe hoch ist eine möblirte Stube zu vermiethen.

Zeichnenschule
für junge Handwerker.

Die seit dem 15ten Oktober für Montag und Sonnabend 7 — 8 Uhr Abends und Sonntag halb 9 bis halb 10 Morgens eingerichteten Unterrichtsstunden werden von einer so starken Anzahl Schüler besucht, daß das Schul-Lokal nicht mehr für Alle genügenden Raum darbietet. Deshalb, und auch um denjenigen die Theilnahme an dem Zeichnenunterrichte zu ermöglichen, welche verhindert werden, an den bis jetzt eingehaltenen Unterrichtsstunden Theil zu nehmen, haben wir heute beschlossen, eine neue Abtheilung herzustellen, in welcher der Unterricht
am 2ten November
beginnt. Für diesen sind die Stunden Dienstag und Freitag halb 8 bis halb 9 Abends und Sonntag von 10 — 11 Vormittags festgesetzt.

Für diejenigen Interessenten, welchen die nähere Einrichtung dieser Zeichnenschule noch nicht bekannt ist, wird das gedruckte Statut derselben in den Buchhandlungen der HH. Mittler, Stefanski und Scherk nach einigen Tagen unentgeltlich zu haben seyn.

Meldungen zu diesem Unterrichte werden entgegengenommen von dem Wagenfabrikanten Seidel, Gerberstraße No. 51. Parterre.
Posen, den 24. Oktober 1849.
Die Verwaltung der Zeichnenschule für junge Handwerker.
Krzyzanowski. Seidel. Seidemann. Rasche.

Zu einer täglich von 4 bis 6 Uhr und nach Bedürfniß auch länger dauernden Arbeitsstunde können noch Theilnehmer beitreten. Das Honorar beträgt ½ Thaler monatlich. Meldungen nimmt am Sonntag Vormittag bis 12 Uhr an Dr. Coßmann,
Lauks Hotel Nro. 47.

Lokal-Veränderung.
Die Verlegung meiner
Cigarren-, Rauch- und Schnupftabakshandlung
von der Breitenstraße No. 24. nach No. 8. derselben Straße erlaube ich mir einem geehrten Publikum zur gefälligen Beachtung ergebenst anzuzeigen.
M. Glückmann Kaliski.

In meinem Hause Wasserstraße No. 8/9. ist ein Laden sofort zu vermiethen, nähere Auskunft ertheilt
A. E. Schlarbaum,
Mühlstraße No. 3.

Eine Parterrewohnung, eine möblirte Stube nebst Kammer, so wie Stallung mit Wagen-Remise sind sogleich zu vermiethen Königsstraße No. 15.

Importirte und Bremer Cigarren empfiehlt billigst
J. Caspari, Wilhelmsstr. No. 8.

Die Eisen- und landwirthschaftliche Maschinen-Handlung
von **M. J. Ephraim**,
am alten Markt No. 79.
empfiehlt zwei- und vierschneidige Häcksel-Maschinen, Schroot- und Mehl-Mühlen, Kartoffelquetsch- und Kartoffelschneidemaschinen, sauber abgedrehte Oelwalzen, Malzquetschen, Rheinländische transportable Kochheerde, Pflüge, abgedrehte Wagenachsen, so wie alle in dieses Fach einschlagende Artikel zu äußerst billigen Preisen.

Glühwein ist tagtäglich zu haben bei
P. Labędzki & Comp.,
Posen, Wasserstraße Nro. 29.

Einem hochgeehrten Publikum mache ich hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich am hiesigen Orte, Waisen- und Neuestraßen-Ecke No. 8, eine Restauration eröffnet habe, und verspreche reelle und prompte Bedienung bei den billigsten Preisen. Posen, den 25. Oktober 1849.
C. Darnstädt, Koch aus Berlin.

Freitag und Sonnabend: Musikalische Abend-Unterhaltung von neu angekommenen Harfenistinnen. Es ladet freundlichst ein Käselitz, Markt 9.

Barteldts Caffeehaus,
Bergstraße No. 14.

empfiehlt das so sehr beliebte **Gänseweißsauer** nebst anderen guten Speisen und Getränken.
Heute Abend Harfen-Konzert.
Freundliche Einladung.

Colosseum.

Sonnabend den 27sten Oktober: **Ball.** Entree 10 Sgr. Ein Herr kann zwei Damen einführen. Damen allein 5 Sgr.
Billets à 7½ Sgr. sind in meiner Behausung bis 5 Uhr Nachmittags zu haben. Anfang 8 Uhr.
Peiser.



Die auf dem **Kanonenplatz** befindliche Aufstellung ist mit ganz neuen Veränderungen, wo besonders der Beachtung eines geehrten Publikums empfohlen werden kann: **Das große Rundgemälde von Rom**, nebst der ganzen romantischen Umgebung zur Zeit der französischen Belagerung, sowie das ganze Schlachtfeld und die Erstürmung von Rom; **die Entwaffnung der Ungarn unter dem Commando des General Görgey, durch die Russen bei Villagos**; das Rundgemälde von **Berlin, Paris, München**; sowie mehrere romantische Italienische und Schweizer-Ansichten nur auf einige Tage noch zu sehen, daher auch um gütigen Besuch bitten
Huber und Rossi aus Italien.